

Baar soll an das Gewerbe denken

Die lokale FDP verlangt in einer Motion eine langfristige Strategie

Die FDP Baar beauftragt den Gemeinderat Baar, eine Gewerbe-strategie zu entwickeln und die daraus hervorgehenden Ziele in die Zonenplanrevision einfließen zu lassen.

Die FDP Baar begründet ihre Motion folgendermassen: «Die Gemeinde Baar ist auf ein starkes und prosperierendes Gewerbe angewiesen. In der aktuellen Diskussion rund um den bezahlbaren Wohnraum ist aber das Gewerbe und insbesondere das produzierende Gewerbe etwas in Vergessenheit geraten. Unternehmerinnen und Unternehmer sind aber ebenfalls auf ausreichende Flä-

chen und die nötigen Räumlichkeiten auf dem Gemeindegebiet angewiesen. Dafür hat die Gemeinde die möglichen Rahmenbedingungen zu gewähren und die nötigen Grundlagen zu schaffen. Nur so können Arbeits- und Ausbildungsplätze innerhalb des Gemeindegebietes erhalten werden.

Zum einen könnte dies basierend auf den bestehenden Gewerbegebieten und Zonen bereits gewährleistet werden: Diesbezüglich ist bei der kommenden Zonenplanrevision über mögliche Um- und Aufzonungen und Arrondierungen nachzudenken. Die aktuell bevorzugte Mischzone «Wohnen und Arbeit» ruft oft Zielkonflikte hervor und ist für al-

le Beteiligten unbefriedigend. Eine Entflechtung ist daher anzustreben. Zum anderen soll aber basierend auf bereits ausgeschiedenen und mithilfe neuer Zonen eine ganzheitliche, für das gesamte Gemeindegebiet geltende Strategie entwickelt werden, so dass für das ganze Baarer Gewerbe auch in Zukunft der nötige Platz sichergestellt werden kann. Die aus der erarbeiteten Strategie entstehenden Handlungsfelder sind in die kommende Zonenplanrevision einfließen zu lassen. Zudem sind diese Gewerbe-strategieziele in die Jahres- und die Mehrjahresziele der Gemeinde aufzunehmen, bei der Umsetzung zu priorisieren und laufend zu traktandieren.» PD

Ja zu Frontex und damit zu mehr Sicherheit an den EU-Aussengrenzen

Ja, ich habe den Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin seinerzeit aus Überzeugung bekämpft und bin auch heute kein Freund der EU in ihrer heutigen Form, sondern stehe beherzt zu einer souveränen und neutralen Schweiz.

Trotzdem befürworte ich das Ja zu Frontex aus aktuellen sicherheitspolitischen Überlegungen, denn Frontex ist das operative Ausführungsorgan der Schengen-Staaten. Die Schweizer Sicherheitsbehörden haben seit unserem Schengen-Beitritt direkten Zugang zum Schengen-Informationssystem (SIS II) und zum Visa-Informationssystem (VIS). Diese Systeme sind für unsere Sicherheitsorgane unentbehrliche zentrale Fahndungsinstrumente. In der Schweiz haben alle Kantonspolizeien, das Grenzschutzkorps, das Bundesamt für Justiz, das Staatssekretariat für Migration, die visaausstellenden Botschaften und Konsulate im Ausland, die kantonalen Migrationsämter sowie weitere

Behördenstellen Zugriff auf das SIS. International gesehen sind die Polizei-, Grenzschutz- und Visumsbehörden in 26 EU-Ländern sowie Norwegen und Island angeschlossen. Das VIS-System speichert Daten von Personen, denen durch die Schweiz oder ein anderes Schengen-Land ein Visum verweigert wurde. Durch die Erfassung biometrischer Daten wird auch der Visumsmissbrauch stark verringert.

Auch im Migrationsbereich wären bei einem Nein zu dieser Vorlage die negativen Folgen gravierend. Ohne diese Zusammenarbeit könnten Migranten, die bereits ein Asylgesuch in Europa gestellt haben, in der Schweiz nochmals Asyl beantragen. Es ist sicher, dass damit die Anzahl Asylgesuche in der Schweiz stark ansteigen würde, was mit erheblichen Folgekosten verbunden wäre. Das Referendum wurde durch die Linke, namentlich den Grünen, der SP, den Juso und der GSoA ergriffen. Von dieser Seite sind die Ziele jedenfalls

klar erkennbar. Löchrige EU-Aussengrenzen, eine Schwächung der Grenzkontrollen, keine Rückführung von irregulären Migranten. Diese Kreise würden bei einem Nein zu Frontex die zusätzlichen Gelder nicht unterstützen, die für die wirksame Sicherung unserer Landesgrenzen notwendig wären. Damit hätten wir eine noch masslosere Zuwanderung von Kriminellen und Wirtschaftsflüchtlingen als heute schon.

Frontex muss deshalb richtigerweise ausgebaut werden, um die europaweite Zusammenarbeit beim Grenzschutz und die Rückführung von illegal Eingereisten weiter zu verbessern und zu stärken. Die SVP des Kantons Zug und die SVP Schweiz unterstützen am 15. Mai ein «Ja zu Frontex» in der heutigen, durch den russischen Überfall auf die Ukraine stark erschwerten Sicherheitssituation in Europa.

Philip C. Brunner
SVP-Kantonsrat, Zug

Wir müssen technologieoffen über die Energiepolitik diskutieren

Die Mitte-Links-Grüne-Energiepolitik ist gescheitert. Die Schweizer Bevölkerung hat erkannt, dass die Energiepolitik des Bundes in eine Sackgasse und zu einer Strommangel-lage in der Schweiz führen wird. Sie hat deshalb das unnötige, schädliche und teure CO₂-Gesetz abgelehnt, obwohl sich ausser der SVP sämtliche Parteien für dieses Gesetz ausgesprochen hatten. Die SVP hat aufgezeigt, dass die Rechnung von immer mehr Zuwanderung, mehr Elektrifizierung von Indivi-

dualverkehr und Heizungen bei sinkender Stromproduktion durch die Abschaltung der AKWs, nicht aufgehen kann.

In einer Aktion der Verwirrung wollte Bundesrätin Sommaruga den fehlenden Strom durch Gaskombi-Kraftwerke ausgleichen und hätte unsso sogar noch mehr von der europäischen Stromproduktion und von russischem Gas abhängig gemacht. England und Frankreich haben die Zeichen der Zeit erkannt und bauen bereits jetzt neue AKWs. Auch in

Deutschland wurde überraschend schnell erkannt, dass mit Sonne und Wind der Strombedarf nicht gedeckt werden kann.

Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Schweiz jetzt dringend und schnell ihre Energiepolitik überdenkt und technologieoffen darauf hinarbeitet, dass wir unseren Strombedarf unabhängig vom Ausland decken können.

Thomas Werner,
Präsident SVP Kanton Zug,
Kantonsrat

Eishockey bewegt im Kanton Zug Massen

Die aktuellen Leistungen des EVZ in den Playoffs sind umwerfend. Zwei perfekte Serien gegen starke Gegner führen zur vierten Finalqualifikation in den letzten sechs Jahren, das sind Zahlen einer Dynastie. Eine Dynastie, bei der in Vergessenheit gerät, wie sie zustande kommt. Durch viel Disziplin, absolute Top-Transfers und einer guten wirtschaftlichen Standfestigkeit. Was sich zeigt in Anbetracht der Gastro-Kapazität ist, dass der EVZ abgeschlagen auf dem zweitletzten Platz in der NLA steht. Das Platzangebot in der Bossard-Arena ist zu klein. Der EVZ möchte darum sein Stadion erweitern und ist mit diesem Anliegen an die Politik gelangt.

Darum steht im Grossen Gemeinderat Zug (GGR) aktuell eine unumgängliche Stadionerweiterung zur Diskussion.

Die Stadt und der gesamte Kanton haben beim Bau der Bossard-Arena einiges an Geld erbracht, daher hat der EVZ sich dazu entschieden, eine Erweiterung selber zu finanzieren. Eine gute Möglichkeit wäre daher, dass die Stadt das Stadion, welches auch eine finanzielle Belastung ist, dem EVZ im Baurecht abgibt. Somit hat die Stadt weniger Ausgaben und der EVZ kann seinen benötigten Stadionausbau unkompliziert tätigen. Es ist unverständlich, wieso dieses Vorgehen vom GGR abgelehnt wurde.

Der Grosse Gemeinderat muss nun so schnell wie möglich eine Lösung finden. Mir scheint es, dass einigen Fraktionen im Rat sich die Verantwortung gegenüber dem gesamten Kanton und der Gesellschaft nicht ganz bewusst sind. Links-Grün ist gar gegen eine allgemeine Aufstockung des Angebots, was etwas irritiert. Es geht hier schliesslich um die Förderung der Zuger Kulturinstitution schlechthin. Eishockey bewegt im Kanton Zug Massen und ist auch eine grandiose Jugendorganisation. Dieser Bewegung mit Bürokratie und Einschränkungen entgegenzuwirken ist falsch.

Jannis Pfiffner,
Vorstand Jungfreisinnige Zug

Die Zuger Denkmalpflege muss flexibler werden

Im Spannungsfeld «Denkmalschutz und Energieeffizienz» bleibt im Kanton Zug die Energieeffizienz auf der Strecke.

Das Energiegesetz des Bundes hat zum Ziel, den Energieverbrauch in Neubauten und in bestehenden Gebäuden zu reduzieren, die erneuerbaren Energien zu fördern und den CO₂-Ausstoss zu verringern. Die Kantone müssen in ihren Vorschriften den Anliegen energetischer Sanierung nach Möglichkeit den Vorrang geben.

Auch wenn Denkmäler als nicht ersetzbar materielle Zeugnisse unserer Vergangenheit in ihrer historischen Substanz und in ihrer Erscheinung möglichst unverändert erhalten werden sollen, dürfen sie sich nicht aus der Umsetzung der Energieziele heraushalten. Ist doch die Bausubstanz geschützter Gebäude meistens eine regelrechte Energieschleuder. Die Denkmalpflege steht also in der Pflicht, hierzu ihren konstruktiven Beitrag zu erbringen. Aus technischer Sicht ist es möglich, bauliche und energetische Modernisierung von denkmalgeschützten Gebäuden zu realisieren und gleichzeitig dem Anliegen des Ortsbild-, Heimat- und Denkmalschutzes angemessen Rechnung zu tragen. Aber gerade das tut die Zuger Denkmalpflege nur ungenügend, fehlt ihr doch weitgehend der Wille, sich proaktiv für die Umsetzung von energetischen Massnahmen in ihrem Fachgebiet einzusetzen. Selbstverständlich ist dies bei denkmalgeschützten Bauten eine besondere Herausforderung. Energeti-



GLP-Kantonsrat Daniel Stadlin. Foto: zvg

sche Sanierung und Denkmalschutz schliessen sich aber nicht aus. Mit der nötigen Flexibilität und Kreativität ist dies durchaus nutzbringend machbar, auch in der Zuger Altstadt. Und ausserhalb der Ortsbildschutzzone ist dies sowieso grundsätzlich immer möglich. Dazu gibt es genügend Beispiele aus anderen Kantonen oder aus dem Ausland, wie sich Denkmalschutz und energetische Massnahmen am Schutzobjekt realisieren lassen. Wenn also jemand ein denkmalgeschütztes Objekt energetisch verbessern will, dies aber an einem starren, dogmatischen Schutzverständnis der Behörden scheitert, ist dies nicht nur unverständlich, sondern auch nicht im Sinn des Energiegesetzes.

Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug

Nein zur zusätzlichen Frontex-Finanzierung

Die Bilder von ertrinkenden Flüchtenden im Mittelmeer und illegalen Pushbacks im Balkan sind längst aus den Medien verschwunden. Gewalt, Elend und Tod sind an den Aussengrenzen Europas Alltag geworden. Als europäische Grenz- und Küstenwache ist Frontex mitverantwortlich.

Frontex ist die Grenzschutzagentur der Europäischen Union. Sie wurde 2005 gegründet. Seither ist ihr Budget von sechs Millionen Euro um 7000 % gestiegen und soll für den Zeitraum von 2021 bis 2027 ganze 5,6 Milliarden Euro betragen. Personell soll die Einsatztruppe von Frontex bis 2027 auf ein eigenes stehendes Heer mit 10'000 Grenzschutzbeamten bzw. Grenzschutzbeamten aufgestockt werden. Die Schweiz unterstützt die Frontex als Schengen-Mitglied seit 2009 finanziell und personell. Nun hat der Nationalrat einem jährlichen Budget von 61 Millionen Franken bis 2027 zugestimmt. Dies macht im Gesamtbudget der Frontex ca. 5 % aus. Über diese Beteiligung am Ausbau von Frontex stimmen wir am 15. Mai ab. Fast 24'000 Menschen sind seit 2014 auf dem Weg nach Europa gestorben, vor den Augen der bestens ausgerüsteten Agentur und ihrer Einsatztruppen. Dabei kooperiert Frontex beispielsweise mit der sogenannten libyschen Küstenwache, welche migrantische Boote abfängt und gewaltsam zurück nach Libyen schleppt, wo Migrantinnen und Migranten unter gewaltvollen Bedingungen festgehalten werden. Aus-



SP-Kantonsrätin Virginia Köppli. Foto: zvg

serdem zeigen Recherchen, unter anderem der Sendung Rundschau, wie Migrantinnen und Migranten gewaltsam und illegal an der Grenze zurückgeschafft werden.

Dieser Krieg gegen die Migration ist Irrsinn, Menschen, die flüchten, lassen sich nicht einfach gewaltsam abhalten, dafür haben sie schon viel zu viel verloren. Wir müssen sichere Fluchtrouten schaffen und uns im Fall der Ablehnung in einer Neuverhandlung für humanitäre Visas und Resettlement-Angebote einsetzen. Ausserdem muss die Zusammenarbeit mit dem Uno-Flüchtlingshilfswerk ausgebaut werden, für direkte Hilfe und Schutz für die Flüchtenden.

Virginia Köppli
SP-Kantonsrätin, Kanton Zug